

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Junge Arbeiter“, „Die rote Sichel“

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Perndorf, Seltendorf, Neu-Salzbrenn, Nieder-Salzbrenn, Weikstein, Walzegersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpfennige, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 8 gepaltene oder deren Raum 100 Goldpfennige

Donnerstag, 4. Dezember 1924.

Abonnementspreis: Bei wöchentlich 5maligen Erscheinungen monatlich 2,20 Mk., wöchentlich 60 Mal, Einzelne durch Straenabl. u. Absteige 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 60. — Postfach 1000 Breslau Nr. 144. — Fernsprecher Breslau, Min. 9387

SPD.-Mann Rasch, der Diktator des Gewerkschaftshauses im Aufsichtsrat des Lunaparks und des Bürgerl. Brauhauses!

Arbeitervertreter als Aufsichtsräte.

Wir brauchen nicht nach Amsterdam zu wandern, zu der Geburtsstätte des Schieberkonzerns Barmat, nicht nach dem Bristolhotel in Berlin, in dem alle Konterrevolutionare, Borsenjobber, Groschieber und Großkapitalisten und — führende Sozialdemokraten verkehren, um Korruptionsstatten zu besichtigen, wir haben auch hier in Breslau führende Sozialdemokraten, die vom Kapital ganz offiziell gekauft sind.

Vor einigen Tagen wurde unter dem Vorsitz des Weinkauffmanns Paul Schröder die Generalversammlung der Lunaparkaktiengesellschaft abgehalten. Der Geschäftsbericht war, wie üblich, geschädigt früher, die hohen Sachwerte der Gesellschaft und ihre großen Gewinne wurden verschleiert. Der alte Aufsichtsrat legte sein Amt nieder.

In den neuen Aufsichtsrat wurde neben anderen gewählt der sozialdemokratische Stadtrat Herr Rasch.

Die „Neuesten Nachrichten“, die den Bericht der Generalversammlung der Lunaparkaktiengesellschaft wiedergeben und dabei die Wahl des „Genossen“ Rasch in den Aufsichtsrat mitteilen, bemerken hierzu, daß

Rasch gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied des Bürgerlichen Brauhauses

sei. Das Bürgerliche Brauhaus ist nämlich mit dem Lunapark eng verbunden, es besitzt einen großen Teil der Aktien des Lunaparks.

Sozialdemokrat Rasch ist kein X-beliebiger. Er hat als Geschäftsleiter des Breslauer Gewerkschaftshauses auch einen großen politischen Einfluß. Wie überhaupt in der Sozialdemokratie die geschäftlichen Leiter der Organisationen mehr zu sagen haben als die politischen. Herr Rasch übt im Gewerkschaftshaus eine unumschränkte Diktatur aus.

Kommunisten bekommen keine Säle, für sie ist das Gewerkschaftshaus gesperrt. Bürgerlicher Kinositz, Tanzgesellschaften, Zentrumsleute usw., das alles darf in die Räume des Hauses, das die Arbeiter mit ihren eigenen harten verdienten Grosen aufgebaut haben. Aber kommunistische Arbeiter, ja selbst dem freigewerkschaftlichen Jugendkartell wird der Zutritt verweigert. Natürlich, von Aufsichtsräten, die diese Lantienen beziehen, hohe Gehälter schluden, schöne Speisen erhalten, von solchen „Genossen“ kann man wahrscheinlich nichts anderes erwarten.

Aber der Fall Rasch ist nicht ein Einzelfall.

Bei allen Konflikten wurde Rasch von der gesamten SPD-Bürokratie gestützt.

Vor zwei Wochen tagte der Ortsauschu. Herr Rasch weigerte sich, einen schriftlichen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit abzugeben und seinen burftigen mündlichen Bericht auch nur zu ergänzen. Denn er ist der Herr im Haus und bestiehlt. Neue Statuten wurden von den Fuhern diktatorisch erlassen, die alle Macht in die Hände Raschs und seiner Gestaltungskumpane legen. Man schaltet 31 Gewerkschaften einfach aus, indem man ihnen nur 3 Sitze in der Lokalkommission zuteilt, während einige wenige Gewerkschaften vierzehn Sitze erhalten. Die Geschäftsleitung selbst darf nur aus Sozialdemokraten bestehen, versteht sich, nur von dem Kaliber wie Herr Rasch selbst. Die Geschäftsleitung entscheidet über die Aufnahme von Mitgliedern in die Lokalkommission. Die Wahlen zum Ortsauschu wurden „stabilisiert“, d. h. ihre Gültigkeit auf zwei volle Jahre festgesetzt.

Dem Jugendkartell wurde ein Freund Raschs als Kontrolleur auf die Nase gesetzt. Man drohte ihm mit einem Maulkorb. Denn ehrliche revolutionäre Jungproleten dürfen nicht reden, wo die Herren Aufsichtsräte der SPD das Wort führen.

Erst nachdem so die Macht des Herrn Rasch völlig gefestigt und damit der Bezug der Getränk...

Werkshaus sichergestellt war, nahm ihn das Brauhaus als Aufsichtsratsmitglied auf.

Die Breslauer Ortsauschussfuhung und die Generalversammlungen vom Lunapark und Brauhaus waren ein Vertrag auf Gegenseitigkeit mit Herrn Rasch als Mittelsmann.

Das sind die Männer, denen unsere Gewerkschaftsführer die Geschäftsleitung über die Gewerkschaftshauser anvertrauen. Das sind die Männer, die Arbeiterinteressen wahren sollen. Das sind die Männer, die an erster Stelle im Kampfe gegen die SPD stehen.

Bei einer solchen Führung der Gewerkschaften nimmt es uns nicht wunder, daß die Arbeitergroen unterschlagen werden, damit diese Barmat-Luna-Partei damit ihre Wahlpropaganda betreiben und die notwendigen Ministerfesseln erringe, daß offen zur Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern aufgefordert wird, daß alle Korruptionsaffären der Republik ängstlich umgangen und umgearbeitet, daß die Kommunisten mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung und mit den sehr ungeistigen Mitteln des Zuchtshaus und des Gummiknuppels bekämpft werden.

Nein, in diese Republik der Sozialdemokraten und schwarz-rot-goldenen Brüder passen wir Kommunisten nicht hinein. Einen ganzen Monat sind sie bereits auf der Suche nach einer Wahlbombe gegen uns.

Warum können sie nicht die kleinste Korruptionsaffare bei den Kommunisten melden? Wieso können sie nur berichten von den ungeheuren Opfern, die unsere Vorkämpfer mit beispiellosem Mut, mit heldenhafter Unerschrockenheit auf sich nehmen, als wahre Idealisten, die nichts mehr verabscheuen als den Dreck und die Korruption?

Weil wir keine feigen, faulen Kompromissler sind, sondern die Partei der unumschränkten Herrschaft der Arbeiterklasse, die nicht gleich den Sozialdemokraten innerhalb des Kapitalismus hier und da etwas herumfluden will, sondern entschlossen ist, das ganze System auszurotten, mit samt seiner Barmat-Luna-Partei.

Fort mit der Partei der Aufsichtsräte und Schieber! Keine Stimme diesen Barmat-Luna-Geldern! Alle Stimmen den Kommunisten!

Die Barmat-Partei am Pranger.

Die „Volkswacht“ bringt auf unsere sehr genauen, spezialisierten Anklagen gegen die gesamte 2. Internationale, insbesondere gegen führende deutsche Sozialdemokraten, eine Entgegnung, die mehr als matt ist, deren schwächlicher Ton bereits mißtrauisch macht.

1. Wir haben festgestellt, daß alle Lebensmittellieferungen für das sozialdemokratische Sachsen und andere Länder mit sozialdemokratischer Regierung durch den Schieberkonzern Barmat getagt wurden. Ist das wahr oder nicht. Diese Kernfrage umgeht die „Volkswacht“.

2. Für die Lebensmittellieferungen in ein Land ist natürlich die Landesregierung verantwortlich, in den angefuhrten Fällen also Sozialdemokraten. Ist das wahr oder nicht? Auch diese Frage umgeht die „Volkswacht“ und erzählt, Heilmann, Ebert usw. hätten nur Einfluß auf Lebensmittellieferungen gehabt, was wir nirgends behauptet haben. Die „Volkswacht“ schiebt uns falsche Behauptungen unter, um uns widerlegen zu können. Aber der Trick zieht nicht.

3. Ist Hunsmanns ein guter Freund und Sekretär von Barmat? Verbringt er seinen Urlaub in Barmats Villa? Warum geht die „Volkswacht“ um diese konkrete, klare Frage herum, wie die Rae um den heißen Brei, mit der Phrase: „Hunsmanns sei zu viel beschäftigt, um Sekretär bei Barmat sein zu können.“

4. Unsere Behauptung, die Studienreise der 2. Internationale nach Georgien sei vom Barmatkonzern finanziert worden, wird mit Stillschweigen von der „Volkswacht“ umgangen.

5. War Bauer, Reichszangler a. D., früher Aufsichtsratsmitglied bei Barmat? Auch hier fehlt eine klare Antwort. Daß bei der Reichsgetreidestelle nichts zu verdienen ist, darüber wollen wir mit der „Volkswacht“ nicht diskutieren. Den Schwindler glaubt ihr kein Mensch.

6. Und nun zu „Genossen“ Heilmann. Er ist „Rechtsberater“ für Honorar gleich Herzfeld, Simon und anderen kommunistischen Rechtsanwaltten, schreibt die „Volkswacht“. Sieh einmal, wie schüchtern die „Volkswacht“ wird. Das Hemd der SPD ist hier besonders dreckig. Nein, nicht „Volkswacht“, Herr Heilmann ist nicht nur „Rechtsberater“, sondern Aufsichtsrat bei Barmat und gleichzeitig Aufsichtsrat in drei Lotergesellschaften. Ein „Rechtsberater“ ist kein Kapitalist, genau so wenig wie der Fabrikarbeiter. Er verkauft seine geistige Arbeitskraft von Fall zu Fall dem Kapitalisten, wie ein Buroangestellter oder ein Arbeiter. Ein Aufsichtsratsmitglied hingegen ist ein Parasit, der dieses Gehalt, diese Lantienen (Gewinnanteile) und diese Speisen bezieht und als Entgelt seinem Herrn und Meister schreiben und spekulieren huft, in seine und in die eigene Tasche. Also heraus mit der

Sprache! Ist Heilmann mehrfaches Aufsichtsratsmitglied oder nicht? Klare Antwort verlangen wir auf diese klare Frage!

7. 30 Millionen Mark erhält der Barmatkonzern von der Preussischen Staatsbank zu einer Zeit, wo Millionen hungern, Millionen arbeitslos sind und lutzarbeiten, Millionen ihre Sparatroschen durch die Inflation verloren haben und für alle diese armen Teufel kein Geld übrig ist. Die „Volkswacht“ hat kein einziges Wort des Protestes. Ganz schamhaft nur bestreitet sie die Mitschuld der SPD.

Das preussische Finanzministerium untersteht dem Volksparteiler Richter. Wie sieht die Sozialdemokratie nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammen in einer Regierung? Dedem sich Severing und Richter nicht bei allen Gelegenheiten gegenseitig? Arbeiten nicht Sozialdemokraten und Deutsche Volksparteiler einträglich in der Preussischen Regierung zusammen und tragen gemeinsam die Verantwortung für alle Regierungshandlungen?

Nebenbei! Ist es so völlig gleichgültig, daß alle führenden Sozialdemokraten Berlins bei Barmat, dem Oberschieber, ein- und ausgehen wie bei ihrem besten Freund? Hat hier die „Volkswacht“ keine Berichtigung, kein Wort des Tadels?

Zum Schluß. Einer der drei Brüder Barmat hat in Rußland Millionen Werte gestohlen, dort für die 2. Internationale Spionage getrieben und ist dann nach Deutschlands geflohen, um in der Republik Eberts des Sozialdemokraten gastlich Aufnahme zu finden. Also — ist die Sowjetregierung an der ganzen Barmat-Heilmann-Ebert-Schweinelei schuld! Saher hinaus geht es wahrlich nicht. Deutschland, das Moskowiter als „lästige Ausländer“ ausweist, hat für dieses Schieber- und Betrugerpad stets offene Arme. Zwei solcher Barmatbruder leben bereits in der freien deutschen Republik. Der dritte kommt aus Rußland her, mit samt dem gestohlenen 6-Millionengut. Er wird nicht ausgeliefert, er wird gastlich empfangen, Sozialdemokraten werden seine besten Freunde, sie bekommen gutes Essen und Trinken, fette Aufsichtsratsposten usw. usw. und — die „Volkswacht“ macht daraus: ein sowjetrussisches Verbrechen! Ja, es geht nichts über die Jonglierkunstler der „Volkswacht“.

Dieses Ungeheuer, das sich aufregt, wenn ein kommunistischer Arbeiter sich einmal eine Portion Wollfleisch leistet, das aber selbst mit Millionen-schiebern soapiert, dinert, schlemmt und Geschäfte macht, dieses korumpierte SPD-Fuhrerpad, das mit Kapitalisten zusammengeht und vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten, diese Soldlinge des Kapitals, die im Auftrag der Unternehmer den georgischen Schwindler aufzuehen, Studienreisen nach Georgien machen, dort Unflande provozieren und gegen Sowjet-

russland bekenn, hier sollen sie endlich einmal Farbe be-
kennen.

„Niemand kann Klagen und Wahrheitsbeweis
verlangen.“

So schreibt die „Volkswacht“. Warum? — Sind die An-
klagen nicht spezifiziert, deutlich und schwerwiegend genug?
Oder wagt Ihr es nicht, vor das Gericht zu treten? Ganz
konkrete Anschuldigungen sind gegen Duzende führender
Sozialdemokraten erhoben. Ihr seid doch sonst so schnell
mit dem Staatsanwalt bei der Hand: Ihr habt 8000
unserer besten Genossen in den Kerker gebracht. Ihr habt
in Schlessen Duzende führender Kommunisten, Hunderte
hungernder Arbeiter in den Kerker gebracht. Ihr habt die
täglichen Prozesse gegen unser Blatt tolgeschwiegen und das-
mit gebilligt. Hier könnt Ihr keine Anklage erheben,
keinen Wahrheitsbeweis verlangen? Weil unsere Angaben
wahr sind! Weil Ihr das selbst wißt, aber nicht offen
zugeben könnt! Das ist der Grund Eurer Feigheit.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur aufgehört, eine
Arbeiterpartei zu sein, sie ist nicht nur eine Verbündete
der Reaktion geworden, sie ist eine selbst für bürger-
liche Begriffe vollkommen gelaufte, verkommene
Partei. Arbeiter, die Ihr noch einen Funken proletarischer
Ehre bewahrt habt, tretet aus dieser Partei der Korruption!
Alle ehrlichen Klassenbewußten Arbeiter gehören in die Kom-
munistische Partei und stimmen am 7. Dezember für sie.

Sehe gegen Sowjetrußland anlässlich der Kämpfe in Estland.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. Dezember.

Die blutigen Kämpfe zwischen Proletariat und Bour-
geoisie in Estland werden von der gesamten estländischen
Bourgeoisie zum Anlaß einer wilden Hege gegen Sowjet-
rußland genommen. Die „Vossische Zeitung“ meldet auf
Grund angeblüher Informationen, der Aufstand habe auf
Moskauer Befehl stattgefunden. Russische Kriegs-
schiffe hätten bereit gestanden, um Truppen zu landen,
im Falle der Aufstand geglückt wäre. Russische Führer
hätten den Aufstand geleitet. Die gesamte bürgerliche und
sozialdemokratische Presse Deutschlands ist einig im Kampfe
gegen das estländische Proletariat.

In Estland selbst hatten die Sozialdemokraten mit-
samt den bürgerlichen Parteien der Regierung Vollmacht
zum Einschreiten gegen die Arbeitererschaft gegeben.

Diese Berliner Meldung stimmt vollständig mit dem
Verhalten der schlesischen Presse überein. Auch hier
hekte am schlimmsten die Sozialdemokratie: „Moskau lechzt
nach Blut“, schrieb die „Schlesische Bergwacht“, die aber
wohlweislich das Terrorurteil gegen die 149 angeklagten
Arbeiter verschwieg, von denen 39 zu lebenslänglichem Zuchthaus
und einer zum Tode verurteilt worden war, ein Urteil,
das selbst die „Volkswacht“ und die bürgerliche Presse
ihren Lesern mitteilte und als Grund des Aufstandes an-
gab. Diese Herren Sozialdemokraten haben alle revolu-
tionären Traditionen vom Kommuneraufstand bis zur russi-
schen Revolution im Jahre 1905 vergessen. Sie sind un-
heilbar von parlamentarischer Knochenweichung befallen.

Eisenbahnermassenprotest

gegen Entlassungen, gegen die SPD., für die KPD.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. Dezember.

Gestern tagte in Berlin eine von Tausenden von
Eisenbahnern besuchte öffentliche Eisenbahnerversamm-
lung, einberufen vom Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner.
Die Eisenbahner protestierten gegen die Entlassung von
24000 Kollegen und beschloßen einstimmig einen Auf-
ruf, der den schärfsten Kampf gegen die Massenentlassungen
andröhrt. Gegen den „Borwärt“, der von dieser Ver-
sammlung als einer „kommunistischen Wahlmasse“ fernzu-
bleiben aufgefordert hatte, wurde scharf Stellung genommen
und zugleich aufgefordert, für die kommunistische
Partei einzutreten.

Die SPD. für Entlassung von 24000 Eisenbahnern.

Vor zwei Monaten veröffentlichte die „rote Fahne“ in
Berlin die Statuten der internationalen Eisenbahner-
gesellschaft, die aus der ehemals deutschen Reichseisenbahn nach
dem Dawesplan gebildet werden sollte. Nach der Personal-
ordnung (S. 14, 15, 16, 17) und den bevorstehenden
Massenentlassungen. Die bürgerliche und sozialdemo-
kratische Presse schwieg oder bezeichnete uns als „Gezer“ und
„Schwindler“. Der Staatsanwalt erstarrte ein Hochverrats-
verfahren gegen uns.

Jetzt sind unsere Probenleistungen entlarvt geworden.
24000 Eisenbahner sollen aus 140000 Kollegen allerdings erst
am 1. Januar, also nach der Wahl. Die bürgerliche Presse,
unser anderer die „Krautchen Richter“, geben das zu. Die
gesamte sozialdemokratische Presse jedoch, bis auf die „Berg-
wacht“, hält sich in Schwärzen. Als vor einer Woche die
„Volkswacht“ endlich die Sprache verlor und langsam sie noch
immer die Entlassungen, nicht Entlassungen, sondern Re-
einigerungen“ phantasmierte sie. Am 1. Januar kommt ja der
Schwindel erst endgültig heraus, bis dahin muß noch feste
Wahlpropaganda geschrieben werden. Und die würde durch das
Ständchen der Lage gestört werden.

Die „Bergwacht“, die wenigstens die Entlassungen an-
gibt, gibt ihr Gewissen durch die Hungertode dieser 24000
Familien zu. Denn sie verlangt nicht etwa Befreiung
des Abbanes, sondern keine Milderung und Pande-
rung. Genau so wie die Gewerkschaften des RHB.
Sie haben ja den Dawesplan angenommen und können ihn
noch heute zu. Sie wähen also auch alle Seiten des Dawesplans
hinzuhalten, die sie solange auszuführen verhalten.

Diejenigen Arbeiter aber, die nicht guttunlich und irrwitzig
verhungen wollen, sollen den Dawesplan am 1. Janu-
er den tausendmal verübten Justiz geben.

5000 Zentner Kartoffeln verfault.

In den Kellern des Schlachthofes der Stadt Leipzig sind
die Kartoffeln einzeln eingelagert worden. Im Frühjahr werden
aus 5000 Zentner verfaulte Kartoffeln abgehoben, die der wech-
seligen Schwärze durch die unzulängliche Einlagerung verfault
gegangen sind. Ähnlich war es ja vor zwei Jahren in
Dresden, wo im Einzelhandel 2000 Zentner Kartoffeln ver-
faulten.

Der Menschenmuggelprozeß.

R. F. Zehn Tage lang war Gleich der Schauplatz
eines Prozesses, in dem sich, wie in vielen anderen großen
Korruptionsaffären in Deutschland, so recht die Verdorben-
heit und Bestechlichkeit der Hüter des Gesetzes offenbarte.
In dem sogenannten Menschenschmuggelprozeß waren 32
Subjekte, darunter allein 8 Kriminal- und Grenzbeamte,
angeklagt, armen Leuten aus Polen gegen Bestechungsgeld
über die deutsche Grenze und weiter nach Berlin verholpen
zu haben. Sie wurden mit insgesamt 2 Jahren, 8 Monaten
Zuchthaus, 20 Jahren und 8 Monaten Gefängnis, 550
Mark Geldstrafe und 23 Jahren Ehrverlust bestraft. Die
beteiligten Kriminal- und Grenzbeamten erhielten Strafen
von 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, 2 Jahren 4 Monaten
Gefängnis und 11 Jahre Ehrverlust.

Die große politische Bedeutung des Prozesses zeigte
sich einerseits in der ungeheuerlichen Bestechlichkeit der
deutschen wie der polnischen Grenzpolizei, andererseits in
der Klassenverhetzung, dem Nationalismus, der sich in diesen
Urteilen deutscher Richter offenbarte.

Polnische Juden, arme Menschen, die von dem pol-
nischen Nationalistenmob von einem Pogrom in das
andere getrieben werden, die gehetzt, gemißhandelt, beraubt
und auf jede andere nur erdenkliche Art unterdrückt werden,
versuchten und versuchen natürlich mit allen Mitteln aus
einem solchen Lande zu entfliehen. Auf legalem, d. h. auf
ordentlichem Wege können sie das „gastliche“ Polen nicht
verlassen, ohne für sie unerträglich hohe Paß- und Aus-
reisgebühren bezahlen zu müssen. Da inselbedessen nur die
Reichen auf dem gesetzmäßigen Wege in ein anderes Land
hereinkommen können, müssen die Armen die Flucht ins
Ausland bei Nacht und Nebel ergreifen. Tausende be-
schritten diesen Weg, fanden gegen entsprechende klingende
Münze Unterstützung bei Schmugglern und bei den stets
die offene Hand zeigenden Beamten der deutschen wie der
polnischen Grenzpolizei, die sich hierin als gleiche Brüder
mit gleichen Kappen zeigten. Der Kapitalismus und der
von ihm geforderte Nationalismus unterdrücken in allen
kapitalistischen Ländern die Arbeiter und die nationalen
Minderheiten und nutzen ihre Schwäche aus. Darin hat sich
in der deutschen Republik nichts gegenüber der Monarchie
geändert.

Ein unerhörter Skandal war die Herbeischaffung des
Anlagematerials. „Damen“, Liköre, Zigaretten
wurden in die Zellen der Untersuchungsgefangenen geschickt.
Nachtverhöre fanden statt. Alles, um belastendes Material
an das Tageslicht zu bringen. Pflui Teufel über einen
Staat, der mit solchen Methoden sich die Anklagen zu-
jammertonstruiert.

In diesem Prozeß wurde gegen die Einwanderung
der armen Ostjuden scharf Stellung genommen und es
wurden harte Strafen gegen die Beamten verhängt, die
gegen Bestechung diese Opfer des polnischen Nationalismus
über die Grenze herübergelassen hatten. Woher kommt
unseren deutschen republikanischen Richtern, die sonst nur
gegen Kommunisten so hart vorgehen, auf einmal dieses
ausgesprochene Rechts- und Reinheitsgefühl? Bisher sind
doch alle Korruptionsaffären wie das Hornberger Schießen
ausgelaufen.

Die schweren Urteile gegen die Grenzbeamten ent-
springen nicht dem Rechtsempfinden, wie es die bürger-
liche Presse den Arbeitern weismachen will. Sie sind viel-
mehr ein Zugeständnis und Ausdruck des Nationalismus
und Klassenhasses gegen Polen.

Wenn es russische Reaktionen gewesen wären, die über
die Grenze geschafft wurden, so wäre ein anderes Urteil
erfolgt, dann wären dieselben Beamten nach den Gepflogen-
heiten der Ebert-Republik als Helden gefeiert worden, weil
sie einige Bourgeois „aus den Klauen der Bolschewisten“
entrißen hätten. So aber waren es versch... Ostjuden,
denen sie über die Grenze verholpen haben.

Vor einigen Tagen ging erst in Fürstentum ein
Prozeß gegen einige Polizeibeamte zu Ende, die Arbeiter
brutal gemißhandelt hatten, sie wurden freigesprochen. Sie
hätten schwere Strafen bekommen, wenn sie statt Duzende
von Arbeitern auch nur einen einzigen Bürger ge-
mißhandelt hätten. So wie in Fürstentum Freispre-
chung erfolgte, weil Arbeiter geschlagen worden waren,
erfolgte in Gleichwitz die schwere Strafurteilung, weil
es Unterdrückte waren, denen geholfen worden war.

Der Menschenschmuggelprozeß entrollte wieder einmal
ein Teil des Schmutzes, der sich in dem kapitalistischen,
republikanischen Deutschland angesammelt hat. An den Ar-
beitern liegt es nicht, Zustand zu ändern, die Grenzpfähle
auszureißen und allen Unterdrückten das Holzficht zu ge-
währen. Um das zu ermöglichen, muß mit der Kor-
ruption in Verwaltung und Behörden aufgeräumt werden.
Es muß das System, die kapitalistische Wirtschaftsordnung,
beseitigt werden, das solche Menschenmuggelereien er-
möglichst.

Da sich täglich überall geradezu überstürzenden Kor-
ruptions- und Bestechungsaffären haben das Schild der
schwarz-rot-goldenen Republik sehr ramponiert. Die schwe-
ren Urteile im Menschenschmuggelprozeß sollen die sich von
der Republik abwendenden Wähler wieder ins schwarz-rot-
goldene Lager zurückführen. Das Antwortwort des Bürgers:
„Es gibt doch noch eine Gerechtigkeit!“ soll eine Streich-
holzfrage bekommen.

Die Arbeiter werden sich durch diesen Schwindel nicht
einbringen lassen. Nicht reaktionäre Richter werden mit der
Korruption ankommen, sondern nur die Arbeitermacht.
Kein Wahlmanöver der Richter wird hier nützen. Jeder
Fettab der Korruption stinkt am 7. Dezember für die
KPD.

Betriebsstilllegung.

In Piesbau haben die Glasfabriken A. S. einen Dien-
sttag machen. Als Grund gibt die Firma schlechten Schafte-
gang an. 20 Arbeiter werden dadurch betroffen. Der Gegen der
Dienstag.

Aufruf!

An alle jungen Gewerkschafter, Arbeiterinnen und Angestellte!

Am 7. Dezember ruft euch alle, vor allem die bürgerlichen
Parteien, auf, ihnen eure Stimme zu geben. Aber nur diejenigen,
die in der 20 Jahre alt sind, sind berechtigt, ihre politische Meinung
kundzutun. Allen anderen Jugendlichen ist es verwehrt, ihre
politische Meinung mit in die Waagschale zu werfen. Hierin liegt
schon die politische und soziale Ungleichheit, der ihr auch auf
allen anderen Gebieten begegnet. Verlangt mit uns, daß
alle Jugendlichen, die im Produktionsprozeß
stehen, auch politisch gleichberechtigt sind, und nicht zu
Menschen zweiten Grades in Staatswesen gemacht
werden.

Jetzt kommen alle bürgerlichen Parteien und bühnen um
eure Stimme, um eure Mitarbeit. Aber auf der anderen Seite
treten sie eure wirtschaftlichen und politischen Interessen mit
Füssen und sind diejenigen, die euch gern das Wahlrecht be-
schneiden wollen. Im bayerischen Landtag ruht bereits ein An-
trag der rechtsstehenden Parteien: den jugendlichen Wählern das
Wahlrecht ganz zu nehmen und es vom 20. auf das 25. Je-
benjahr hinaufzusetzen.

Wir appellieren deshalb an euch, junge Gewerkschafter,
Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte: hört nicht auf die
Reden der bürgerlichen Parteien, seht ihnen nicht
auf's Maul, sondern auf die Hände.

Brüht die Listen der Partei, der ihr eure Stimme gebt
oder für die ihr arbeitet und verlangt von dieser, daß sie sich nicht
nur in der Wahlzeit zu euch bekennt, sondern im täglichen Kampf
um eure Lebensinteressen, daß sie sich voll und ganz für eure
Forderungen einsetzt.

Geht eure Stimmen nicht den bürgerlichen
Parteien ab, arbeitet auch nicht für sie.

Wählt die Partei, die die Interessen der
Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wahrnimmt.

Wählt die Klassenpartei des Proletariats.
Bistet die so notwendige Wahlarbeit, zeigt, daß noch Be-
geisterung für die Sache des Proletariats in
euch wohnt.

Tretet ein in die freien Gewerkschaften und
führt tagtäglich den Kampf um die Besserstellung eurer
Existenz.

Freiwerkschaftliches Jugendpartei
Breslau.

*

Wir veröffentlichen den Aufruf des Jugendpartei mit
Freude.

Die Partei, die nicht nur in der Wahlzeit für die Jung-
arbeiter eintritt, sondern im täglichen Kampf sich für die In-
teressen der Jungarbeiter einsetzt, ist die Klassenpartei
des Proletariats: die KPD.

Ihr gehört die Stimmen der Jungarbeiter.

Wahlhege gegen Sowjetrußland.

Die geplante unechte Wahlbombe.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. Dezember.

Einer unserer Ortsgruppen ist ein sozialdemokrati-
sches Wahlplakat in die Hände gefallen, das als Haupt-
schlag am letzten Tage veröffentlicht werden soll. Das Plakat
trägt die Leberschrift: „So sterben Proletarier in
Sowjetrußland!“ Auf dem Plakat steht man nackte
Leichen. Es fehlt jede Angabe von Zeit und Ort.

*

Wir glauben, die Worte und das Bild treffen besser auf
Deutschland zu als auf Sowjetrußland. Daß die Zustände
in Sowjetrußland gerade für die Arbeiter sich von Tag zu Tag
bessern, beweist gerade die Urteile der englischen Gewerks-
chaftsdelegation, die in Rußland weilte und deren
Urteile wohlweislich von der gesamten sozialdemokratischen Presse
totgeschwiegen werden. Daß das Plakat ein plumper
Schwindel ist, beweist schon die Tatsache, daß die Angabe von
Zeit und Ort vollständig darauf fehlen.

Waterländische „Internationalisten“.

Die Nie-wieder-Krieger.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 4. Dezember.

Im Münchener Stadtrat stellte die sozialdemokrati-
sche Fraktion einen Dringlichkeitsantrag, nach dem die Zei-
tungen an der Einweihung des Münchener Krieger-
denkmals allen Bedeutungslosigkeit erwidert werden sollte.
Der bürgerliche Kriegerbund hatte nämlich das Reichsbanner
fernhalten wollen. Der Freie Kriegerbund und die bayerische
Kriegerpartei werden also zusammen das Kriegerdenkmal ein-
weihen. Surra!

Stahlhelmsüberfall auf Arbeiter.

Mehrere Arbeiter verwundet, einer getötet.

Halle, 4. Dezember.

Infolge einer Provokation des Stahlhelms kam es
gestern in Halle in einer deutschen nationalen
Wahlversammlung zu blutigen Zusammenstößen
mit Arbeitern. Bewaffnete Stahlhelmer griffen mit Jagd-
gewehren und Revolvern vom Saale aus den
rotten Frontkämpferbund an, der auf der Straße stand.
Mehrere Arbeiter wurden verwundet, einer getötet. Auch
der Stahlhelm hatte Verluste.

Gebering und Rechenhin

(Schwarz-rot-gold) (Schwarz-weiß-rot)

eine Seele und ein Sinn.

Brieg. In einer sozialistischen Versammlung, in der
der preussische Innenminister Gebering, vom Reichsbanner
mit „Still gestanden“, „Die Augen links“ be-
grüßt, gesprochen hatte, trat als einziger Diskussionsredner
Landtagsabgeordneter Rechenhin (Deutsche Volks-
partei) auf. Er begrüßte die von der bisherigen sozialdemo-
kratischen Auffassung weit abweichende Erklärung des Be-
grüßten „Klassenkampf“ durch den Minister, als die Not-
wendigkeit für jeden Stand, sich in friedlichen Verhand-
lungen die Lebensbedingungen zu sichern, und stellte fest,
daß man ein derartiges Vorgehen bisher unter dem Begriff
der Volksgemeinschaft von bürgerlicher Seite angestrebt hat.
Er unterließ jedoch das Vermerkens Geberings zu der
Notwendigkeit eines deutschen Volksherees für den
Fall, daß unsere Nachbarn auch in Zukunft nicht abrufen.
(Leipziger Tageblatt, Nr. 273, vom 19. November 1924.)

Wie wird sich die Lage des deutschen Arbeiters gestalten?

Die größte Bank Deutschlands vertauft sich an das Auslandskapital.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ schrieb vor einigen Tagen: „Als erste der deutschen Großbanken hat jetzt die Deutsche Bank 40 Millionen Goldmark neue Aktien an ein Konsortium englisch-amerikanischer Bankhäuser gegeben. Der Vorgang — mit dem das größte deutsche Bankunternehmen mit dem Beispiel der großen österreichischen Banken folgt, die nach der Kronen-Stabilisierung genau so verfahren — fällt in die Augen. Und doch ist er nur das bisher hervorstechendste Glied in einer langen Kette, deren Ende erst nach Jahren erreicht sein wird. Zahlreiche Unternehmungen der Industrie und des Handels haben in diesem Jahre ausländische Beteiligungen oder ausländische Kredite aufgenommen, und noch größer ist die Zahl derer, die solches ausländisches Kapital jetzt suchen; Kommunen und andere öffentliche Verwaltung und den gleichen Weg nach dem ausländischen Kapitalmarkt gegangen; und neuerdings tritt auch die Landwirtschaft als eifrige Mitbewerberin auf, ebenfalls mit der Hoffnung auf guten Erfolg. Die Befriedung der Reparationsfrage durch Annahme des Dawes-Gutachtens hat für Deutschland dieses private ausländische Kapital — neben den 800 Millionen der Reparationsanleihe des Reiches — erreichbar gemacht, genau so wie das Genfer Sanierungswert Österreich dazu verhalf. Deutschland versendet sich an das Ausland. Auch das gehört zu unserem Schicksal, dessen Unternehmbarkeit jeder Lebende nach dem Kriege vorauserkennen konnte.“

Die Deutsche Bank, einst eine der stärksten Banken der Welt, die mit den hinter ihr stehenden Finanzgruppen die gesamte Türkei verschlingen wollte, das Mittel hierzu war, damals wie heute, die Begebung von Anleihen, die die mächtigsten Kapitalistenkonzerne nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer kapitalistischer Staaten finanzierte und beherrschte, besaß sich in die Herrschaft englischer und französischer Banken. Das ist ein Vorgang von weltgeschichtlicher Bedeutung. Deutschland liefert nicht nur sein Staats Eigentum (Eisenbahn, Reichsbank, Steuern und Zölle) der Entente aus, sondern auch seine Privatwirtschaft. Deutschland gibt nicht nur seine politische Selbständigkeit auf, sondern auch seine wirtschaftliche. Deutschland wird eine Kolonie der Entente-Kommisare.

Niemand spricht das offene und brutale und hoffnungslosere aus, als die „Frankfurter Zeitung“. Es ist das Eingeständnis des endgültigen Bankrotts sechs-jähriger Erfüllungspolitik, der Unmöglichkeit, innerhalb des Kapitalismus jemals wieder aus dem wirtschaftlichen und politischen Dreck herauszukommen, wenigstens für die deutschen Arbeiter.

Die gesamte deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Presse glitt über diesen Vorgang bei der Deutschen Bank, der die Lage Deutschlands kennzeichnet, und über das Einverständnis der „Frankfurter Zeitung“ schweigend hinweg. Denn den Massen sollen die Dawes-Illusionen erhalten bleiben. Sie sollen die Auslandskredite weiter für ein Mittel halten, um die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen, sie dürfen nicht erkennen, daß es ein Mittel des Auslandslapal ist, um Deutschland vollständig zu unterjochen, sowie die Türkei und alle Kolonien auf dem Wege der Begebung von Anleihen und Krediten von den imperialistischen Staaten unterjocht wurden.

Doch gerade in dem Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft, in dem Interesse, daß dadurch die Entente am Gedeihen der deutschen Wirtschaft erhält, leben manche die Gewähr dafür, daß die Entente auch an der Lage der deutschen Arbeiter ein gewisses Interesse bekommen wird. Sie glauben, die Kapitalisten der Entente, die so „unabhängig“ sind, ihren Arbeitern zehner- und zwölftal die hohe Löhne zu zahlen, als sie der deutsche Arbeiter erhält, werden allmählich auch die deutschen Löhne verbessern.

Das Gegenteil ist der Fall. Neben vielen anderen Gründen, die an den höheren (wenn auch nicht ausreichenden) Löhnen der Ententearbeiter Schuld sind (der gewonnene Krieg, der „ruhige“, durch den Klassenkampf noch weniger gestörte Gang der Produktion, der technisch bessere Produktionsapparat usw.) ist ein Grund der wichtigste: Der Besitz der Kolonien und die Extraprofite, die die Imperialistenstaaten aus ihnen herausziehen.

Das englisch-amerikanische Kapital ist noch im vollen Besitz seiner Kolonien, deren Bevölkerung es in einer noch weit unerblicheren Weise ausbeutet und unterdrückt als die eigenen Proletarier. Die Extraprofite aus den Kolonien sind eines der wichtigsten Hilfsmittel des Kapitals, um die ökonomische Schicht der Arbeiterklasse und ihre Gewerkschafts- und Parteiführer zu korrumpieren, zu täuschen, sie mit dem Kapitalismus auszuhebeln und zum Verrat ihrer eigenen Klasseninteressen zu verleiten.

Zu diesen Kolonien gehört seit dem Versailler Vertrag und besonders seit der Annahme des Dawesplanes auch Deutschland. Die Reparationen, die Deutschland leistet, die Zinsen für Kredite und Anleihen, die es zahlt, die Pändere, die es bergibt, alles das sind Extraprofite des Auslandskapitals, ähnlich seinen Extraprofiten aus seinen Kolonien, die es ihm ermäßigten, mühseligen höheren Löhne zu zahlen als der deutsche Unternehmer und doch größere Profite zu machen als er.

Die Tiefe der deutschen Löhne, einer der Gründe dafür, daß das Deutsche Kapital trotz höherer Löhne der Ententearbeiter größere Profite macht als das deutsche Kapital. Das Interesse der Entente-Kapitalisten an der deutschen Wirtschaft ist daher ein Interesse an den niedrigen Löhnen der deutschen Arbeiter. Nicht amerikanische und englische Bankiers werden den deutschen Arbeiter aus seinem Land befreien, wenn er sich nicht selbst befreit, die internationalen und nationalen Kapitalistenvertreter zerpöngelt und an Stelle der Kapitalverwertung und des Ententekapital, den Bund mit Sowjetrußland und allen Vorkämpfern der Erde leht.

Festlegung der Fraktionsarbeit im Betrieb.

Die Fraktionen müssen jetzt bei der Ausnutzung unserer Arbeit die alte Erfahrung beibehalten, daß wir vor allem die gewerkschaftlichen Beziehungen und die in unseren Händen haben müssen, um die Kämpfe von unten beeinflussen und führen zu können. Bei den Betriebsräten, die auf die freierwerkschaftliche Form zu kommen (um dadurch neue Ausschüsse zu vermeiden) und vor allem, um die Arbeit im Betrieb unter unserer gemeinsamen Führung jederzeit gegen die Reformisten mobilisieren zu können. Haben wir die gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen in unserer Hand, dann ist es

Die Betriebszellenzeitung, der Schrecken der Unternehmer und ihrer Lakaien.

Hamburg.



Hamburg, 1921, 11. Juli

Reparations- und Sozialklausur

Die Reparationsfrage ist ein Problem, das die Arbeiterklasse in Deutschland und in allen anderen Ländern der Welt betrifft. Die Reparationsfrage ist ein Problem, das die Arbeiterklasse in Deutschland und in allen anderen Ländern der Welt betrifft. Die Reparationsfrage ist ein Problem, das die Arbeiterklasse in Deutschland und in allen anderen Ländern der Welt betrifft.

Leverkusen.

1. Jahrgang Nr. 2
Der Leverkusener Farbenkumpel



SPRENGT DIE KETTEN!

Die Sirene



Organ für die Interessen der Arbeiter der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Heilmann, Chemnitz

Ich bin die Sirene
Sie erheben sich von Klammern
Nur durch Kampf zum Sieg
Sie erheben sich von Klammern
Nur durch Kampf zum Sieg

Berlin.



Berlin, 1921, 11. Juli

Die Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution.

Berlin.

Die Ostroma Birne
Betriebszeitung Fabrik D
Redaktion: Die Unterdrückten.

Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution.

Nordhauen.

ALLEDEN
Redaktion: auf der Morgenrot
Drukkerei: unter der Siebenbrücke
Betriebs-Zeitung des Nordhäuser Gebiets

Heraus zum Amnestie-Aufgebot vom 2. 9. Nov

Benossen! Es gibt nur eine Arbeiterpartei! Die Sozialdemokraten sind die Feinde der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die Basis der Revolution.

Aus den Gewerkschaften.

Zur Klärung!

Vor einigen Tagen wurde als Wahlpropaganda ein Bericht in der 'Volksmacht' gebracht, wonach in einem Berliner Wahlkreis ein gewisser George als KPD-Mann für den Uebertritt in die SPD gesprochen haben soll. Diesen Artikel benutzt man hier als Wahlkampfmittel und behauptet, ich sei dieser George und bin in jeder SPD-Mitglied. Dies wird hauptsächlich unter den Eisenbahnern verbreitet.

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich mit diesem George des Berliner Wahlkreises nichts zu tun habe und niemals in die SPD eingetreten bin. In Berliner Wahlkreisen gesprochen habe. Weiter erkläre ich hiermit, daß ich Mitglied der KPD bin und stets Kommunist bleiben werde.

Wenn die SPD-Funktionäre hauptsächlich unter den Eisenbahnern diese wissentlichen Unwahrheiten verbreiten, in der Erwartung, durch solche schmutzigen Mittel bei der kommenden Wahl für die SPD zu gewinnen, dann werden sie damit kein Glück haben. Die Eisenbahner müssen, daß durch die Schuld der SPD seit 1920 ihre Ertragsverhältnisse gemindert wurden. Also, Eisenbahner, alle Stimmen am 7. Dezember der KPD.

Appell an die Freiburger Uhrenarbeiterschaft.

Seit Frühjahr dieses Jahres verschlechtert sich eure Lage von Woche zu Woche. Die Besserung, welche ihr erhofftet, ist ausgeblieben. Die Firma führte vorübergehend Kurzarbeit ein und nahm dabei eine gewisse Säuberung im Betriebe vor. Das Auftreten des Dr. Mannspergers wurde immer brutaler. Mit wachsender Offenheit zeigte er, daß sich die Direktion aus der Arbeiterkraft nichts mehr macht. Lohnreduzierungen wurden vorgenommen. Alfordarbeiter mußten mit jedem Lohn zurecht kommen. Wer mußt, der steigt. Auf die Dauer vermochte aber auch die drohende Haltung der Firma euren Kampfwillen nicht unterdrücken. Die Bertalisse in ca. das 30. Jahr dazu. Als vor einiger Zeit auf Grund von Erfindungen aus dem Schwarzwalde bekannt wurde, daß die dortigen Kollegen zum Teil bis 90 Pfg. Spitzenlohn verdienen, während in Freiburg daselbe 60 Pfg. beträgt, war die Arbeiterschaft entschlossen, sich die Differenz zu erkämpfen. In zwei großen Versammlungen gab sie diesem ihrem Willen Ausdruck.

Jetzt solltet ihr aber einmal lernen, was die heutige Gewerkschaftspolitik für Segen bringt. Ihr mühtet wachen, bis die Verbandsleitung die Erlaubnis zum Kampf gab. Sie verlagte diese vorläufig. Erst den Schiedspruch abwarten, der eine allgemeine Zulage bringen sollte, das war ihre Forderung. Die Tagung des Schlichtungsausschusses war unerdessen um 14 Tage verzögert worden. Einige Gruppen wurden bei der Direktion vorstellig, um für ihre Forderungen einzutreten, die geben der Allgemeinforderung ließen.

Resultat: ein glatter Kaufwurst.

Als die Kollegen als Antwort auf dieses provozierende Verhalten in passiver Resistenz traten, dauerte es wieder 4 Tage, ehe die Bezirksleitung Zeit zu Verhandlungen hatte. Ein verlangtes vorheriges Erscheinen wurde abgelehnt. Sie hatten auf Grund des Anrufes des IWB für die EBS Wahl-agitation zu leisten. Dann wurden die Verhandlungen abgeschlossen. Was hatten sie euch gebracht? So gut wie nichts. Ja, sogar eine gewisse Maßregelung ist zu verzeichnen. Ob der inzwischen gefällte Schiedspruch angenommen wird, steht noch dahin beim Schreiben dieser Zeilen.

Kollegen! Infolge dieser Vorgänge ist nun ein Teil von euch so verärgert, und will den Gewerkschaften den Rücken kehren. Kollegen, nichts ist verheerender als dies. Ganz abgesehen davon, daß dies zu einem großen Nachteil werden müßte, wäre es eine gar zu bequeme Sache. Nein, erseht heraus, daß mit der heutigen Gewerkschaftspolitik für die Arbeiterschaft nichts herauskommt. Diese muß geändert werden.

Darum müßt ihr den oppositionellen Kollegen helfen und ihnen zur Fahne halten. Nicht Arbeitsgemeinschaft, sondern scharfer Klassenkampf. Wer dies nicht will, soll abtreten. Auch die kleinen Gruppen hier am Ort, z. B. im Holzarbeiterverband die Priemer, Hoffmann, Gerstmann, Bürger usw., die nicht soviel Rückgrat besitzen, um der Firma die Forderungen zu unterbreiten. Dies zu erreichen, soll unser nächstes Ziel sein und dann zum Sturm auf den Kapitalismus.

Aber noch eine andere Lehre müßt ihr ziehen. Am 7. Dezember hielt ihr Kundgebung was für Resultat in den nächsten Jahren geizig werden soll. Auch hier gilt dasselbe. Nicht Koalition, Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, sondern Kampf! Dieser muß organisiert werden von uns, die wir in den Betrieben stehen, und nicht von den Vertretern im Parlament. Seht ein, daß mit Harmoniegedien nichts anfangen ist. Wenn ihr dies tut, dann werdet ihr der schärfsten Arbeiterbewegung, und gebt eure Stimme am Sonntag der einzigen Arbeiterpartei, der Partei des Klassenkampfes, der Kommunistischen Partei.

Nur durch Kampf geht es zum Sieg!

Generalversammlung der Zahlstelle des IWB in Gottesberg.

Zur Erledigung standen 5 Tagesordnungsgegenstände und zwar:

1. Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung.
2. Kassabericht.
3. Rechnungen.
4. Vortrag.
5. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse.

Eingangs der Versammlung erntete Genosse Ulrich die durch Unfall und Krankheit ausgebliebenen Kameraden. Aus dem Tätigkeitsbericht konnte man recht deutlich den Mitgliederzuwachs entnehmen. Er im letzten Quartal sind wieder durch rege Agitatione Rekruten zu verzeichnen. Auch der Kassabericht gab einen Einblick in die ungeheure Verzerrung der heutigen Bergarbeiterschaft, indem die meisten Mitglieder weniger der Kurzarbeit, den Feiertagen, Lärm die Verhandlungen zu 20, 30 Pfg. bis hinunter, so daß nur ein Kassabericht von 12 Mark zu erreichen ist. Die Revisor haben die Kassabücher und alles in bester Ordnung befunden. Die Revisor haben festgestellt, daß die Kommunisten als Verbotsmaßnahme ihre Pflicht getan haben und selbst das Verbot ausgedrückt. In den Verhandlungen wurden 4 KPD-Kameraden gewählt, welche die Wahl des Verbandsauschusses, Kassabücher, jeweils mittels Einmündigkeit nahmen. Vorgeschlagen wurden hierzu unter anderem Genosse Ulrich und von der SPD die Kameraden Seidel, Hartwig, Schmidt, Adol. und Schreiber. Das Stimmenergebnis war folgendes: von 89 abgegebenen Stimmen erhielt Genosse Ulrich 61, Schmidt 7, Hartwig 7, Seidel 4, Adol. 1, Schreiber 1. Es ist dies herbeizunehmen, denn nur 11 Stimmen unterzeichneten auch und damit eine Reihe KPD-Kameraden ihre Stimmen statt ihren Gewerkschaften dem Kommunisten geben. Gen. Seidel wurde als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer sollte kein Beschäftigter der Zahlstelle gewählt werden, sondern ein Arbeiter, der jedoch die Verhandlung aus dem nicht Rechnung und nicht Kassabericht hätte ausführen müssen. Als Revisor wurden die Kameraden Adol. und Seidel gewählt. In Kartellangelegenheiten wurden vorgeschlagen Gröndel, Gen. Vogt, Seidel, Gen. Kirchner, Adol., Gen. Kuzge, und Hartwig. Hierbei zeigte sich, daß der Kapitalismus der nur aus der SPD einen Nutzen bringt, um über

ohne Rücksicht überbrachte, so daß unsere Gewerkschaften bei der Wahl nach hinten gerückt worden sind und darum nur als Ersatzmänner fungieren dürfen. Der Jugendobmann, Gen. Ulrich sowie die Bibliotheksamtsleiter blieben beibehalten. Auf den Vortrag über weltliche Schule verzichtete die Versammlung, da der Mittag schon in die Nähe rückte. Gewerkschaftssekretär Becker gab sodann bekannt, daß über die Lohnreduzierung von den Unternehmern im Falle einer Verlängerung der Arbeitszeit verhandelt würde, daß der Schlichter abgelehnt habe, und daß weiter im Reichsarbeitsministerium verhandelt wird. Einer längeren Arbeitszeit werden sie (die Bürokraten vom IWB, 'vor den Wahlen') nicht zustimmen und deshalb sei im letzteren Falle der Ausstand das letzte Mittel. Weiter erwähnte er die Kameraden nach vor der Wahl durch Aufrüttelung der Säuglingen ihre Ansicht zu tun und erwiderte, daß heißt, er wüßte nun auf einmal, was alles für die Arbeiterschaft im Parlament zu tun sei. Er meinte der Reichstag entscheide über Achtstundentag (oder Vorkontingent) dort seien Arbeitsgerichtsgehe Arbeitsvertragsgehe, Tarifgehe und Arbeitslosenversicherung zu schaffen.

Die Bourgeoisie wird uns schon derartige Gesetze beschaffen, daran kein Sozialist von heute was ändert. Genosse Ulrich forderte zum Schluß nochmal von der Bezirksleitung, daß jene sofort geeignete Schritte unternahme zur Wiedereinführung der Knappschäftlichen Sonderleistungen und daß die Organisierten versuchen mögen, überall, wo es auch sei, die Unorganisierten in die Reihen der Organisation zu bringen um wie ein Block von Stahl und Eisen gegen die Arbeitszeitverlängerung und für Lohnreduzierungen zu kämpfen.



Betrieb und Werkstatt

Juliuschacht — Weisklein.

Am 30. November, bei Beendigung der Schicht, verunglückte der Schlepper Hodorff (21. Abteilung) aus Polenz. Als er im Begriff war, hinter dem Berg nach Straß zu fahren, rief plötzlich auf dem Bergweg das Geil und die drei vollen Wagen schlugen mit aller Gewalt an die Orgelstempel, welche den Hodorff sehr schwer verletzten, daß er Qualschreie ausbrachte und am Bein davontrug. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wer ist der Schuldige an diesem Unglück? Der Bergweg ist eingerichtet zu zwei Wagen und das Geil hat die dementsprechende Stärke dazu, da aber dieser Berg die Förderung nicht benötigten kann und das unerklärliche Kapital seinen hohen Gewinn haben muß, so werden diesem Geil drei Wagen anvertraut. Selbstverständlich leiden dadurch bedeutend mehr das Geil und ein Unglück müßte fast über lang kommen, wodurch der Schlepper Hodorff, Vater von drei Kindern, das Opfer wurde.

Wahlbestätigung.

Zwei Genossen Johannes Bach-Hornel sind große Kohlenhalden angekommen. Vor drei Wochen fingen die beiden an, zu braunen. Da bekam der Streifer ein gutes Herz und ließ die Kohlen unter die Arme verteilen. Aber so weit, er ließ sie durch den Kriminal- und Oberlandführer Ulrich in Kauf verteilen. Deshalb hat die Kohlen in einem Holz und die alten Weiber und Mütter sollten sie mit dem Handwagen nach Hause bringen. Jetzt hört, Kollegen was passiert ist. Es kam eine alte Frau mit dem Handwagen und hat den Oberlandführer gesehen, ihr mit Kohle zu geben. Er fragte: wie heißen Sie — so und ja. Ja, Ihr Sohn ist doch Kommunist, da gibts keine Kohle, denn für Kommunisten gibts nichts, hoch für Deutschland. Ich kenne Sie, Sie werden sowohl Kommunisten wählen, denn Ihr Sohn ist ein großer Kommunist, Kollegen, da kann man sehen, wie die Rechtspartei Propaganda machen, auch mit Kohle, damit sie nur Stimmen erhalten.

Darum auf zur Wahl am 7. Dezember, damit sie sehen werden, wie man kommunistisch wählt in Oberschlesien.

Bekanntmachung.

Der Parteivorstand macht bekannt: In Abänderung der Jänner 1a der Bekanntmachung vom 14. Januar 1920 — Parteipolitik Nr. 6 vom 1920 — wird hiermit der Handel mit Postkarten in Badenien ein- und festgesetzt, einschließlich der ersten Post-, Freitag- und Weihnachtstagen, in der Zeit von 7.30 bis 8.30 Uhr vorabends und von 11.30 vorabends bis 12.30 Uhr nachmittags zugelassen.

Die Badener, Ellen und Wendlinge sehen jetzt, wie der Kurs lauft. Sie sollen arbeiten, bis sie schwarz werden und schreien noch dazu einen Handstreich. Gebt ihnen Ansehens die Diktatur und wählt kommunistisch!

Hungerlöhne für Arbeiter und Angestellte!

Am Samstagabend tagte in Oelschlag der Schlichtungsausschuss. Den Vorh. führte der Zentralschlichter Dr. Warlo aus Oelschlag. Ergebnis 5 Prozent Zulage. Der Spitzenlohn beträgt demnach für den besten Eisenhüttenarbeiter 14 Pfg. die Stunde.

Es ist ein Skandal, wenn dem Arbeiter zugemutet wird, für einen solchen Jammerlohn Frau und Kind zu ernähren. Wenn nach diesem Schiedspruch der beste Arbeiter 4 Mark pro Tag verdient, so können die anderen Kategorien der Arbeiter mit 3 Mark und 2 Mark den Tag rechnen. Und dieser Schlichtungsausschuss ist ein Produkt der sozialdemokratischen Bonzen. Welche Freude empfindet der Arbeitgeber, wenn die Wut und der Groll der Arbeiter eingedämmt werden kann durch eine Schlichtungsausschuss-Erhörung.

Die Angestellten bekommen nicht ganz 10 Prozent. Sie, die vom Kapital benutzt werden, um dem Arbeiter auf die Finger zu schauen, müssen nun endlich einsehen, daß sie hineingehören in die Front des kämpfenden Proletariats.

Arbeiter und Angestellte! Wo sind die Versprechungen, die euch von allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie in dem Wahlkampf zum 21. September dieses Jahres in Oberschlesien gemacht wurden. Wie haben diese Heuchler das Maul aufgestoßen und euch versichert, daß ihr dem Reich resp. dem Neunstundentag, erhöhte Löhne und Gehälter bekommt, wenn ihr eintretet für den Dawesplan. Ihr habt jetzt einen Vorgeschmack! Merkt ihr, daß der Dawesplan in London ausgeheckt, eine Vereinbarung von Räubern ist, die euch den letzten Pfennig aus der Tasche holen. Lebensmittel sind zum Teil seit dem 21. September um 70 Prozent gestiegen und ihr erhaltet die lächerliche Zulage von 5 resp. 10 Prozent. Lehnt diesen Schiedspruch einmütig ab! Stellt die Mindestforderung von 40 Prozent Mindestzulage! Heraus zu Protestveranstaltungen! Her mit dem Achtstundentag und 40 Prozent Lohnzulage. Wieder mit dem bürgerlichen und sozialdemokratischen Berräteln! Her mit dem Ausbeutungsspiel, genannt Dawesplan! Am 7. Dezember jede Stimme den Kommunisten!

Kämpfende „Revolutionäre“!

Sind Drohe mal einer — Feiglinge ziehen es bekanntlich immer vor zu drohen, anstatt zu kämpfen. Wir haben ja auch Machtmittel außerhalb des Parlaments, und das Bekanntnis zur Demokratie wird uns nicht abhalten, diese Machtmittel außerhalb des Parlaments zu benutzen, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der breiten Volksmassen zu erhalten, zu stärken und zu erweitern. Das ist selbstverständlich! Diese Drohung erfolgte im Landtag am 23. April 1921 und der Drohende war der Sozialdemagoge Limberg.

Welche „Säurewirkung“ Drohungen dieser „Revolutionäre“ hinzerlassen, das zeigen am deutlichsten die entsetzenden Übergriffe der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft.

Heute entschloß sich nun der zersplitternde Feder Limberg in Nr. 46 der Bergarbeiterzeitung der Leitartikel: „Lohnforderungen. Unser Kampf gegen Not und Elend — die Unternehmer lehnen ab!“ In diesem Artikel wird zunächst auf die soziale Lage der Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter, hingewiesen. Diefem Hinweis folgen Pläne aus der Deutschen Bergwerks-Zeitung (Unternehmerorgan), welche das brutale Vorgehen der Unternehmer rechtfertigen sollen.

Limberg muß nun diese „Rechtfertigungen“ selbst als unzulänglich bezeichnen. Er hält es nun für eine Notwendigkeit, auf etwas hinzuweisen, was, in kurze Worte gefaßt, bedeutet: „Kampf der Unternehmer Impotenz.“ Er kann es jedoch auch nicht unterlassen, zu bemerken: „Sollte in diesem Kampf ein Teil der Bergarbeiter wieder den Agitationsphrasen der Kommunisten und Unionisten zum Opfer fallen, so wäre ein Erfolg unserer Arbeit von vornherein sehr stark gefährdet.“ Ja, wir Kommunisten sind eben recht „indiskret“, wenn wir fragen: Sind die gegenwärtigen Verhältnisse nicht elend genug, um mit außerparlamentarischen Machtmitteln einer weiteren Verelendung Engpass zu bieten?

Wir Kommunisten sind fest überzeugt, daß eben nur noch herartige Machtmittel Erfolg versprechen. Als Maßnahmen weisen wir darauf hin, daß es an uns nicht liegt, wenn Nieder-schlesien Hungerland bleiben soll — wie sich der Berichtstatter des Bergarbeiterverbandes in der „Bergmacht“ ausdrücken beliebt. Gewerkschaftsämter wären dann allerdings nicht die geeignetste Sakri des „Kampfes“ gegen Unternehmerhandlanten, die der Berichtstatter recht gut zu skizzieren versteht. Er vergißt seinem Bericht nur noch hinzuzufügen, daß sein angepriesenes „Mittel“: „Alle Stimmen am 7. Dezember der KPD“ aus dem Hungerland ein Schlaraffenland machen wird.

Wenn nun Limberg in Nr. 47 der „Bergarbeiterzeitung“ sich den Wählern in empfehlender Erinnerung bringt, so möchte er sich erst einmal an das Beispiel vom Generalstreik der österreichischen Bundesbahnen einmal mit den Forderungen der deutschen kommunistischen Bergarbeiter vergleichen.

Er wird dann hold erlösen, wenn er findet, wer Phrasen drückt, ob er und seine Partei, reunde,

oder Kommunisten.

R. S.

Freiburg, Berichtigung. In unserer Nr. 171 berichteten wir im Gewerkschaftsteil unter Freiburg vom Uebertritt eines Genossen Lindner in die KPD. Der Genosse heißt jedoch nicht Lindner, sondern Linder.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

— Auf Delbrückschächte in Hindenburg wurde der Heizer Anton Bieciol aus Maltschan bei den Arbeiten am Kessel verbrüht. Er ist schwer verletzt in das Knappschäftlazarett eingeliefert worden.

— Durch herabfallende Kohlenmassen wurde auf der Emma-grube der Häuer Mentner aus Molschgenitz getötet. Er war verheiratet und Familienvater.

— Auf der Eminenzgrube wurde gestern der Bergarbeiter Josef Macislet durch herabfallende Kohlen erschlagen. Der Verletzte ist erst seit wenigen Monaten verheiratet.

— Die Frau des Häusers Kupper in Schwertau wollte ihrem Mann, der mit Baumfällen beschäftigt war, Kaffee bringen. Als sie sich der Arbeitsstelle näherte, rief ihr der Mann zu, ihr zu entzünden, da der Baum gleich stürzen werde. Bei der heiligen Wendung verlor die Frau die Balance. In demselben Augenblick stürzte der Baum und die Frau wurde so schwer verletzt, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

— Im Kalweri von Bromm u. Siegert bei Kaufung wurde der 47-jährige Einbräuer Gustav Kleiner aus Tiefhartmühl von einer hölzernen 45 Meter Höhe nieder-geschlagen. Er wurde getötet und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach seiner Behausung verstarb.

— In den holländischen Neubauten von Kreuzburg O.-C. hatten Arbeiter an der Gasleitung gearbeitet. Dabei wurde ein Gasrohr mit einem Holzstapel abgedeckt, der sich aber löste, und das Gas strömte aus. Die Hausbesitzer ersuchten den Hausmeister, die Ursache festzustellen. Als dieser mit brennendem Lichte den ganzen Aulen Raum betrat, erfolgte eine gewaltige Explosion, die Fensterzweigen wurden zertrümmert und die Tür in Stücke zerfiel. Eine anwesende Frau erlitt schwere Brandwunden.

Willkommen Genosse Max Gläser!

Nach sieben Monaten Untersuchungshaft wurde gestern unser Genosse Max Gläser aus dem Gefängnis entlassen. Genosse Max Gläser war als verantwortlicher Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ des Landesvereins tätig worden, weil er in drei Artikeln Klagen von Familien enthüllt hatte. Sieben Monate brauchte das Reichsgericht, um sich zu überzeugen, daß kein Flüchtigverdacht vorliegt. Sieben Monate brauchte es, um zu erkennen, daß keine Verdunkelungsgefahr besteht. Sieben Monate brauchte es, um die Lächerlichkeit der Anklage einzusehen und die Freilassung unseres Genossen zu verfügen. Die Sozialdemokratie als die beste Stütze des Staatsanwalts, hat die ganzen sieben Monate zu dem Gläserandal geschwiegen und damit diesen Justizmord gutgeheißen. Warum? Es war ja ein Kommunist, der zur Spitze landete der SPD. und damit ein Konkurrent für sozialdemokratische Mandatsjäger, der unerschrockenste Wortkämpfer der Arbeiter von Link-Hofmann. So: Männer müssen zur Strecke gebracht werden. Da reichen sich SPD. und Staatsanwalt die Hände.

Unseren revolutionären Gruß unserem treuen Genossen Max Gläser! Mit dreifacher Kraft hinein in den Wahlkampf! Alles für unseren Sieg!

Unsere drei öffentlichen Versammlungen.

Am Dienstagabend fanden drei öffentlich gut besuchte Versammlungen der SPD. im Bergkeller, bei Bräuer und Baubach, statt.

Es sprachen unsere Genossen Charpentier, Lange und Gluckauf. Die Worte unserer Redner wurden des öfteren durch starken Beifall unterbrochen.

Die Referenten zeigten den Anwesenden den Leidensweg der Arbeiterklasse und den Verrat aller Parteien. Am Schluß der Referate brachten die Anwesenden ein brausendes Hoch auf die kommunistische Internationale aus

und gelobten, in diesem Zeichen zu kämpfen und zu stimmen. Resolutionen für Amnestie unserer politischen Gefangenen wurden einstimmig angenommen.

Es geht vorwärts, trotz schlechter Versammlungsvoorbereitung.

„Wir wählen Sozialdemokraten.“

Ein Wahlplakat der SPD.

Du siehst darauf Hände wie zum Schwur erhoben und darüber die Worte: Wir wählen Sozialdemokraten. Aber diese Hände mußt du dir, Prolet, genau betrachten. Es sind keine Arbeiter- oder Bauernhäute, gefurcht und gezeichnet durch schwere Fronarbeit. Es sind die gepflegten Hände einer Dame, mit einem Ring geschmückt, von einer Spitzenkrause eingerahmt. Es sind die geschönten Hände von Herren mit weißen Manschetten und Oberhemden.

Das sind die Wähler der Sozialdemokratie!

Sozialdemokratischer Arbeiter mit der ruffigen, schwieligen Faust, und du, Proletarierfrau, mit den vom Waschen und Scheuern zerbrungenen roten Händen, du gehörst nicht zu jenen! Du hast keine weißen Manschetten und goldenen Ringe, du hast ja noch nicht einmal genug zum trockenen Brot. Will man dich und deine Not mit diesem Bild verhöhnern? Was wirst du darauf antworten?

Ich wähle Kommunisten!

Genossen gebt acht!

Kommt da gestern früh, während meiner Abwesenheit, ein SPD-Männlein, klopft an meine Wohnung und schreit aufgeregt, als wenn die SPD. mit samt der Republik schon ins Wadeln gekommen ist. Nachdem sich der gute Mann endlich etwas beruhigt hat, erzählt meine Frau, daß ich Plakate abgerissen haben soll, welche er angeheftet hatte. Auf die Frage, wie er darauf kommt, daß ich der Uebelthäter sein soll, erklärt er, daß er mich schon lange als Kommunist kenne. Ich solle sorgen, daß die RZ., welche angeblich beim Abreißen der Plakate gesehen worden ist, das unterläßt. Wenn es noch einmal vorkommt, erklärt dieser eifrige Mann, so werde ich dafür sorgen, daß kein einziges Plakat von den Kommunisten hängen bleibt. — Meinetz Wissens hat unsere Jugend noch keine SPD-Plakate abgerissen, aber in einem Bezirk hatten schon seit Beginn des Wahlkampfes gegen uns die Reichsanwaltschaften ihren Mut an unseren Versammlungsanzeigen gefühlt.

Genossen, Arbeiter, gebt acht auf diese Heldenjünglinge vom Reichsbanner und sprecht proletarisch mit ihnen, wenn sie wahr machen, was dieses aufgeregte Männlein angekündigt hat.

Proletarische Spielgemeinschaft.

Die Proben finden jetzt regelmäßig Mittwochs und Sonntags abends 7 Uhr in der Schule Salskenschke (Kanonenhof) statt. Mittwoch: 2 Stock, Zimmer 38. Sonntags abends: 3. Stock, Zeichensaal. — Regelmäßiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Werbt sympathisierende Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wir verweisen auf die Versammlung des Reichsbundes Deutscher Mieter, Ortsgruppe Landeshut. Näheres siehe Inserat.

Wahlung! Ortsgruppenvorsitzende! Achtung!

Es gehen Euch in den nächsten Tagen eine Anzahl roter Bilderbogen zu. Diese müssen mit 10 Pf. verkauft werden. Bis zum 10. d. Mts. muß die Abrechnung mit der Bezirksleitung getätigt sein.

Die Bezirksleitung.



EBERT'S TRAUM

Aus der Provinz Ein Meisterstück des SPD.-Bürgermeister Bauer, Brieg.

Diese SPD.-Größe wagte es, bei einer Gerichtsverhandlung als Zeuge gegen acht Arbeiter aufzutreten. Es waren Arbeiter, die als Gewerkschaftsrat in Brieg die Interessen der Gewerkschaften vertreten hatten. So hatten sie auf Wunsch der gesamten Gewerkschaften, eine Verammlung einberufen, um die schlechte Wirtschaftslage der Gewerkschaften zu besprechen und um Abhilfe zu schaffen. In dieser Versammlung soll, wie es hieß, kommunistisch gesprochen worden sein.

Hier muß bemerkt werden, daß auch zu dieser Versammlung der sozialdemokratische Bürgermeister Bauer geladen war, aber nicht erschienen ist. Als am Tage nach der Versammlung, die im Januar d. J. stattfand, ein Mitglied der Gewerkschaften zu dem sozialdemokratischen Bürgermeister Bauer ging und ihm mitteilte, daß in dieser Versammlung ein Mitglied kommunistisch gesprochen habe, so hatte dieser Bürgermeister Bauer nichts Gütigeres zu tun, als Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu machen.

Dieser Herr gab sich nun in der Verhandlung redliche Mühe, um ja diese acht Angeklagten der Klassenjustiz in die Arme zu treiben.

Weiß denn dieser Bürgermeister nicht mehr, daß er diese Stellung nur durch die Arbeiter erlangt hat?

Wer die beäugenden Worte und die inhaltlichen Bemerkungen gehört hat, die dieser sozialdemokratische Bürgermeister über die Angeklagten machte, dem mußte die Mut paden über ein solches Subjekt. Konfirman, Konfirman, was um waren seine harmlosesten (!) Krassausdrücke. Besonders hatte er den Angeklagten Hofmann ins Herz geschossen. Er sagte zu diesem: „Es wäre besser, Sie wären in dem schönen Westen geblieben, aus dem Sie gekommen sind“. Auch beschuldigte er den Angeklagten Hofmann, daß er sich in einem Demonstrationzug lehr hervorgetan habe. Es stellte sich aber durch sämtliche Angeklagten heraus, daß Hofmann mit der Sache nichts zu tun hatte und auch nicht zugegen war. Als dann dieser sozialdemokratische mit seinen falschen Anschuldigungen überführt wurde, erklärte er, daß er sich gelüßt hätte. Der Gerichtshof gewann gegen die Angeklagten eine bessere Ansicht als der sozialdemokratische Bürgermeister. Sie erhielten kleinere Strafen.

Ein aufmerksamer Landjäger.

Vor einigen Wochen marschierte i Heines Abends zu Fuß, das Rad neben mir führend, von Baumgarten nach Bolkowhain. Pöblich fuhr der Landjäger aus Bonaszdorf neben mir ohne Licht vorbei, wobei er sagte: „Na, kein Licht?“ Ich erwiderte: „Sie sehen doch, daß ich laufe.“ Ich dachte, wenn der Hü er des Gesetzes ohne Licht fährt, fahre ich auch. Als ich nun an ihm vorbeifuhr, rief er mich an und wollte meine Personalien feststellen. Ich sagte ihm meinen Namen und stellte es ihm frei, mitzukommen, was er auch tat. Bei dem langsamen Getrott des Landjägers kam ich ihm 10 Meter zuvor. Aber er war so dienstfertig, daß er in die Stube kam. Leider vergaß er in seinem „Dienstleiter“, das Antiköpen, welches ich ihm auch verzeihen will. Aber daß er so schweinitz war und uns in die Diele rohte, geht wohl über die Haufzaur. Wenn er kein Geld hat, sich ein Datschenuch zu kaufen, so will ich ihm den Rat geben, bei den Somaszdorfer Bauern eine Sammlung zu veranstalten. Zweckmäßiger wäre es ja für ihn, wenn seine Wägebekende auch so zusammengegrumpft sind als die der Proleten, den Mut aufzubringen, ein Vohausforderung zu stellen.

Gottesberg. Ein Gräber. Daß den Kommunisten von den Bürgern (und der SPD.) alle Moral und Anstand abgebrochen wird, ist schon eine alte Sache. Aber die Herren sollten sich erst einmal an die eigene Nase fassen. In einer denationalen Versammlung betah der Redner Krause folte: „Christliche“ Moral und Anstand, indem er die

schlichen Angriffe eines Kollegen mit „berfluchtes Schwein“ parierte. Gebt allen Heuchlern von Christlichkeit, Anstand und Eitte die richtige Antwort und wählt kommunistisch.

Altwasser. Wie die SPD. Stimmung gegen die Kommunisten macht. In unserer am 22. November abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach eine SPD.-Leuchte G. o. h. In der Diskussionsrede drehte er der Versammlung den Hintern zu und grüß den Referenten persönlich an. Daß er für diese Heldentat sofort von der Bühne geholt wurde, versteht sich von selbst. Die Erregung über diesen Vorfall war ungeheuer. Dieser G. o. h. geht nun in den öffentlichen Versammlungen der SPD. damit kreben, daß die Kommunisten ihn höchst unanständig von der Bühne befördert haben und ihn an der Diskussionsrede verhindern haben. — Wenn dieser Burche irgendwo auftaucht, so trete ihm entgegen und fragt ihn, wo er den guten bürgerlichen Anstand gelassen hat.

Bunzelwitz. Erfolge der SPD. Hier referierte in einer öffentlichen Versammlung Genossin Kupke-Breslau. In der Diskussion meldeten sich der SPD.-Gemeindevorsteher G. e. h. u. r. i. g., welcher sich als halber Kommunist entpuppte. Mit einem Hoch auf Sowjetrußland wurde die Versammlung geschlossen. Und staunend horchten die Großagrarien, als unsere Jugend unter Gelang revolutionärer Lieder heimwärts zog.

Kattern. Die SPD. marschiert. Am Mittwoch, den 26. November, sprach hier der Genosse Thomas-Verlin vor zirka hundert Arbeitern und Kleinbauern. In sehr sachlicher Form zergliederte er die ungeheuren Lasten, die durch dieses Verfluchungsgeheiß das deutsche Proletariat zu tragen hat.

In der Diskussion sprachen ein Reichsbannermann und ein Zentrumskleinbauer. Die Reichsbannermann und die Sozialdemokraten unterbrachen den Referenten zwar oft durch Zwischenrufe, waren aber in der Diskussion zu feig, dem Referenten gegenüberzutreten. Im Schlusswort widerlegte Thomas die Annahme des Zentrumsmannes und Lärte die Versammlung über bestimmte Fragen, die an ihn gerichtet waren, auf.

Brodau. Am anderen Tage sprach Genosse Thomas hier vor zirka 150 Proleten über dasselbe Thema. Wautlos hörte die Versammlung dem sachlichen Referat zu und mancher mag wohl in Zweifel geraten sein, ob es wirklich möglich sein kann, daß eine Partei, die sich klare Politik in sich trägt, wirklich die ist, als was sie von der Volksmasse und den anderen bürgerlichen Parteien dargestellt wird, als Partei der Verbrecher und des Lumpenproletariats. So war es auch selbstverständlich, daß nach solch einem klar verständigen Referat zwei Diskussionsreden, er mit schwarz-rot-goldenem Gehirn gründlich ausgelacht wurden. Zeitwährend, wie ein guter Arzt, behandelte Genosse Thomas das kranke Gehirn unserer zwei Freunde.

Zaborze. Die letzten hier stattgefundenen Mitgliederversammlung unserer Partei beschäftigte sich mit den zur Debatte stehenden Tagesfragen.

Schaffung der Betriebszellen und die kommenden Wahlen. — Eingang der Tagesordnung wurde vom Kassierer der Kassenbericht gegeben. Das einleitende Referat hielt der Genosse G. Er klärte kurz die Notwendigkeit des straffen Ausbaues unserer Organisation, als wie auch der unbedingten Schaffung der Betriebszellen. Damit die Schwere der Partei im Betriebe zur Auswirkung käme.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Redner dann auf die Wahlen zu sprechen.

Desgleichen fand die rigorose Tendenz des Bürgermeisters Dr. Küling, in betreff der Sabotage gegenüber der kommunistischen Fraktion und der Nichtabhaltung der Gemeindevorsteherwahl eine scharfe Kritik und den Beschluß, sich an die Wählermassen der Gemeinde Zaborze zu wenden. Es soll kein Mittel unversucht bleiben, um nicht Nachdruck zu verleihen, den von den Kommunisten gestellten Anträgen, in betreff der Gewerkschaften und Sozialrentner.

Die zu diesem Zweck notwendige Wählerversammlung soll in den nächsten Tagen stattfinden.

Am Freitag im Zentralballsaal spricht Genosse Zadach der rote Anteil
Am Sonnabend wird im Schießwerder zum letztenmal der
aufgeführt. Eröffnungs- und Schlussworte spricht der Führer der
ehemaligen SPD.-Opposition Oberschlesiens Georg Zaja, Gleiwitz. § 218

Theater
 Donnerstag, 4. 12. 1924
 Stadttheater
 „Die lustigen Weiber von Windsor“
 Schauspielhaus
 In neuer Ausstattung:
 „Die lustigen Weiber von Windsor“
 Pöbeltheater
 Bar eines Hochzeitsfestes

Schauspielhaus
 Operettenabende
 Tel. Ring 2545.
 Täglich 8 Uhr:
 In neuer Ausstattung:
Gräfin Mariza

Wiß getragene
 „Die Überzieher“
 Lehmann
 Trebuitzer Str. 21

Geschäftseröffnung!
 Einer Einwohnerschaft von Langenbielau und Neudorf die ergebene Mitteilung, daß ich am 1. Dezember c. d. in Langenbielau eine

Brat- und Feinbäckerei
 eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, die wertvolle Kundenschaft mit nur guter und schmackhafter Ware zu beliefern. Bestellungen werden jederzeit Eulensburgerstraße 6 und auf dem Wochenmarkt bei Frau Gutschel entgegen genommen.
 Mit der Bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen, zeichnet
 Achtungsvoll
 Robert Voitzsch
 Bademeister

Amtl. Bekanntmachung von Weiskstein.
 In der Zeit vom 3. bis 15. Dezember findet am hiesigen Orte eine allgemeine Rattenvertilgung statt und es wird hierfür halb im Salzbach sowie in bestimmten Häusern und Grundstücken Rattengift ausgelegt werden.
 Ich gebe dies hiermit öffentlich bekannt und empfehle den Besitzern von Haustieren (Hühner, Gänse, Enten, Kanarienvögel, etc.), solche während dieser Zeit, soweit möglich, eingesperrt zu halten.
 Die von der Rattenplage betroffenen Grundstücksbesitzer werden dringend ersucht, sich ohne Ausnahme der Rattenvertilgungsaktion anzuschließen und hierzu ebenso wie die Gemeinde hinsichtlich des Salzbaches — den Kammerjäger Herrn Sulek aus Waldenburg-Altwasser heranzuziehen, welcher während der Vertilgungszeit täglich am hiesigen Orte anwesend sein wird.
 Weiskstein, den 1. Dezember 1924.
 Der Amtsvorsteher,
 M. Herwig.

Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf.
 5 eiserne Hochherde aus der hiesigen Haushaltungsschule sind im gebrauchten Zustande zum Preise von 40 Mk. für das Stück bald zu verkaufen. Beschichtigung evangelische Schule 1.
 Nieder-Hermsdorf, den 28. Nov. 1924.
 Der Gemeindevorstand.

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.
Abholung von Steuerkarten.
 Die Steuerkarten für Lohn- und Gehaltsempfänger für das Kalenderjahr 1925 sind von den Steuerpflichtigen selbst in der Zeit vom 4. bis einschließlich 11. Dezember 1924 im Steuerbüro — Zimmer 16 — abzuholen. Um großen Andrang zu vermeiden und auch die Ausgabe zu erleichtern, ersucht es sich, daß aus jedem Hause ein Steuerpflichtiger mit der Abholung und Verteilung für das ganze Haus beauftragt wird. Steuerkarten, die bis zu dem angezeigten Termin nicht abgeholt sind, werden gegen eine Verwaltungsgebühr von 5 Bfg. für das Stück zugestellt werden.
 Etwa erforderliche Änderungen der Eintragungen auf der Steuerkarte werden in der Zeit vom 12. bis 19. Dezember 1924 ebenfalls im Steuerbüro vorgenommen.
 Der Magistrat,
 Dr. Gletschmann.

Nur in dieser Verpackung



wird die Feinkost-Margarine „Schwan im Blauband“ geliefert; achten Sie hierauf beim Einkauf! „Schwan im Blauband“ ist der vollendetste Butterersatz und jeder, der einen Versuch damit gemacht hat, wird gewiss niemals etwas Ähnliches gekostet haben.
 Preis 50 Pf. das Halbpfund.

Schwan im Blauband
 frisch gekirnt

Berichtungsständer.
 Breslau, Bezirk Nordost früher Bezirk 9, Freitag, den 5. Dezember, abends 7.30 Uhr, vierjährig. 6. Bezirksversammlung. Jeder Genosse (in) muß unbedingt in der Berichterstattung erscheinen. Weg mit aller Eile, die nächsten Tage werden der Partei und dem Rat des Kommunisten-Sympathisierenden mitgebracht.
 Bezirk Ost, Sonntag, den 8. Dezember, abends 7.30 Uhr, außerordentliche Bezirksversammlung bei Frau, Zauerstraße 173. Alle Genossen der Partei und Betriebszellen haben pünktlich zu erscheinen.
 Bezirk West, Sonntag, den 14. Dezember, abends 7.30 Uhr, Bezirkszellenversammlung. Alle Genossen wie Jugend haben zu erscheinen.
 Alle Genossen müssen sich diesen Sonntag abends zu einer wichtigen Parteiarbeit freimachen und sich rechts im Büro, Trebuitzer Straße 50, einfinden, möglichst schon um 8 Uhr.

Kindergruppen
 Breslau, Achtung! Kindergruppen! Genossen und Genossinnen heißt der Kindergruppe der 346. unterstellt für Schicht Gute Kinder in die Kindergruppe der 346.
 Bezirk Nord, Parlamentarische Montags und Sonntagabend, abends 3-5 Uhr, bei Frau, Reichstraße 2.

Achtung! Achtung!
Reichsbund Deutscher Mieter Ortsgruppe Landeshut und Umgegend
 Am Sonntag, den 8. Dezember 1924 abends 8 Uhr, findet im Stadt Schützenhaus eine große öffentliche **Mieter-Versammlung** statt, zu der das Erscheinen aller Mieter unbedingt erforderlich ist.
Tagesordnung:
 Mieterchaft und Reichstag.
 Referent: Bezirkskassier, Rinig, Gottesberg
 Der Vorstand.

Leset und verbreitet die Schles. Arbeiter-Zeitung!

Schlesische Verlagsgesellschaft
 G. m. b. H.
 Breslau
 Trebuitzer Straße 50
 Abtl. Buchhandlung.

Zehn Tage die die Welt er-mühterten
 von John Reed.
 Preis: 1.30 RM
 Brochiert
 243 Seiten stark

Achtung! Boranzeige!
 Mitte Dezember erscheint im Verlag der Produktiv-Genossenschaft Halle:

Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen
 Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane
 Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924
 Emil Eichhorn
 M. b. H.

Die Broschüre ist circa 30 Seiten stark und wird voraussichtlich 50 Pf. kosten. Bestellungen sind bereits schon jetzt zu richten an die Bezirks-Zentral-Buchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Verchenfeldstraße 14 oder deren auswärtige Filialen.

Günstiges Lebensmittel-Angebot!

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß Sie bei mir auf das reellste und mit prima bester Ware bedient werden.
 Ia. Frischer Räucherfleisch, hohe Ware per Pfund Mk. 1.10
 Kokostett in 1-Pfund-Tabletten „ „ „ „ 70
 Margarine, täglich frische Zufuhren von v. Pfund Mk. 58an
 Feinste Thüringer Landeierwurst in bekannt guter Qualität 1/2 Pfund Mk. 40, „ „ „ „ 1.50
 Täglich frische Molkebutter 1/2 „ „ 1.10
 Jede Hausfrau spart Geld, wenn sie ihren Bedarf in Schichten bei mir eindeckt und kauft z. B.:
 Vollreis von 20 Pfg. an bis zum besten Glasreis „ „ per Pfund Mk. 30
 Viktoria-Erbisen und weiße Schlei „ „ „ „ 24
 Rohren neuester Sorte „ „ „ „ 56
 Cinsen von 28 Pfg. bis „ „ „ „ 40
 Eierschnittmüdeln „ „ „ „ 60
 Eierfadennüdeln „ „ „ „ 38
 Makaroni-Bruch „ „ „ „ 40
 Hartgeleib-Makaroni „ „ „ „ 18
 Weizenmehl 000 „ „ „ „ 21
 Prima Auszugmehl „ „ „ „ 21

Sehr preiswert ist ein großer Posten
 Rotwein voll und mild 1/2-Liter-Flasche mit Steuer Mk. 1.40
 Ungarischer Rotwein „ „ „ „ 2—
 Von Südwinein ist besonders billig ein Posten
 Carragona 1/2-Liter-Flasche mit Steuer „ „ „ „ 2.20
 Oelsardinen bekannt nur gute Qualitäten per Dose 42, 48, 70 und „ „ „ „ 80.
 Von Weihnachtsartikeln biete ich an und bemerke hierbei, daß sämtliche Sorten Pfefferkuchen nur bestes Fabrikat ist
 Schokoladen-Herzen, 1 Paket mit 5 Stk. Inhalt Mk. 32, bei 10 Paketen Mk. 30 per Paket
 Schokoladen-Lekuchen 1 Paket m. 5 Stk. Inhalt Mk. 32, bei 10 Paketen „ 30 „ „
 Raumbehang 1/2 Pfund „ „ 30 und 40
 Fischkuchen „ „ per Pfund Mk. 58
 Reste rumän. Wallnüsse „ „ „ „ 55
 Haselnüsse „ „ „ „ 80
 Raumkuchen „ „ per Paket „ 35
 Blenchenhölz garantiert rein „ „ Pfund „ 1.45
 Edelkranz-Feigen, neuester Ankunft „ „ „ „ 44

Ferner reichhaltige Auswahl in Konserven, Schokoladen Tee's und Kakao.

Albert Stosch
 Breslau 10
 Herzogstraße 36 :: Tel. R. 3882.

Erfolgversprechend
 ist ein Inserat nur in der Zeitung der schlesischen Arbeiter, der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
 Verlangen Sie Vertreterbesuch durch Fernruf Breslau, Ring 8837.

Beachtet unsere Inserenten!

Waldenburg-Altwasser

<p>Bahnhofs-Drogerie H. HELLMANN Altwasser Drogen, Farben, Chemikalien Seifen und Parfümerien</p>	<p>Papierhaus FRITZ GRUHN Sandstraße 3</p>	<p>Paul Hiltman Waldenburg-Altwasser Charlottenbrunner Straße Nr. 164 empfiehlt seine Polster- u. Lederwaren Eigene Werkstatt</p>	<p>Konfektionshaus Max Silbermann Herren- und Knaben-Bekleidung</p>
<p>Photographie Kurt Mai Rathausplatz 19 Anfertigung von erstklassigen Aufnahmen u. Vergrößerungen</p>	<p>P. Heinr. Sindermann Altwasser Charlottenbrunner Straße Nr. 24 Weiß-, Wall- u. Schweißwaren</p>	<p>Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus Maschinen-Reparatur-Werkstatt Kolbe & Guder Ober-Altwasser Charlottenbrunner Straße Nr. 152 Telefon 741</p>	<p>Karl Otto Altwasser Charlottenbrunner Straße 53 Arbeitsschuhe Ledersohlen und Schnellbesoflanstalt</p> <p>D. KORN Waldenburg, Friedländer Straße 10 Herren-Konfektion Alleinverkauf der Firma Louis Mosberg, Bielefeld</p>
<p>Kolonialwaren Zigarren und Zigaretten empfiehlt Georg Sindermann Altwasser, Breslauer Straße 58</p>	<p>Kaufhaus Max Holzer Waldenburg Friedländer Straße 10 Reserviert</p>	<p>Paul Brauner, Warenhandlung Waldenburg-Altwasser Breslauer Straße Nr. 60 Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn, Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel</p>	